

Sind Zahlscheingebühren tatsächlich unzulässig?

OGH 10 Ob 31/11 y vom 8. 11. 2011
§ 27 ZaDiG

Sachverhalt:

Entgegen den Vorinstanzen gelangte der OGH nicht zur Auffassung, dass die Einhebung von Zahlscheingebühren jedenfalls gegen die sog. „Zahlungsdienste-RL“ bzw. das ZahlungsdiensteG (ZaDiG) verstoße. Er legte daher insbes. unten angeführte Streitfrage dem EuGH zur Vorabentscheidung vor:

Rechtssätze:

Ist Art 52 Abs 3 der Richtlinie 2007/64/EG dahin auszulegen, dass er der Anwendung nationaler Rechtsvorschriften entgegensteht, die ein generelles und insbesondere nicht zwischen verschiedenen Zahlungsinstrumenten differenzierendes Verbot der Erhebung von Entgelten durch den Zahlungsempfänger vorsehen?